

04/2023

fdplus

75 JAHRE – AUS LIEBE ZUR FREIHEIT



ANKER DER MITTE

Reflexionen zum
Parteijubiläum

NEUE REALPOLITIK

Die Asylwende
kommt

ANPACKEN UND NICHT WEGDUCKEN

Eine Inventur
der Koalition

AUS LIEBE ZUR FREIHEIT



Navina Knoke
Teamleiterin
Digitale Kommunikation

Liebe Leserinnen und Leser,
75 Jahre aus Liebe zur Freiheit – 75 Jahre politisches Engagement vom Gemeinderat bis zum Bundestag. Von verschiedenen Regierungsbeteiligungen bis zu APO-Zeiten in Bund und Ländern, von den Freiburger Thesen bis zum Leitbild, von Gelb bis Magenta, von den JuLis bis zu den Liberalen Senioren.

Das Jubiläum fällt in eine Phase der Umbrüche, der neuen Realpolitik. Es sind die Konflikte in Nahost, der Ukraine und auf unseren Straßen und die wirtschaftlichen Herausforderungen für Privatpersonen, Industrie, Handwerk, Handel und den Staat, die dieser Tage die Debatten dominieren. Das 75. Jubiläum fällt in eine Zeit, die Chancen bietet – zur Konsolidierung, für Fortschritt, Freiheit und aktives Gestalten. Das zeigen unsere Mitglieder, vom Gemeinderat bis zum Bundeskabinett, Tag für Tag.

75 Jahre streiten wir Freie Demokraten, gerade in Zeiten harter Herausforderungen, für (wie schon die Hepenheimer Proklamation verlautbarte): „Freiheit, Frieden und Sicherheit für Deutschland in einem geeinten Europa“. Und noch etwas ist in all den Zeiten gleich geblieben: Dieses Land braucht uns! Es braucht gerade jetzt unseren Optimismus, unseren Realismus und unsere Zukunftsgläubigkeit. Es ist nicht die Zeit, um über all den Krisen

zu verstummen, sondern es ist Zeit, mit wahrnehmbarer Stärke, laut und sichtbar bei all den Herausforderungen für unsere liberalen Werte einzutreten.

Wir blicken mit diesem Heft auf 75 Jahre FDP und auf die aktuellen politischen Themen: Migration, den Bundeshaushalt und den Konflikt in Israel und dem Gazastreifen. Christian Lindner ruft in dieser Ausgabe dazu auf, die wichtigen anstehenden Aufgaben anzupacken und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann stellt uns ihre Vision von Europa vor. Wir blicken nach vorne, die Doppelseite in der Mitte des Heftes zeigt die Zukunft unserer digitalen Parteiarbeit und der Europawahlkampf lädt Sie zum Mitgestalten ein.

Mit dem Optimismus, der uns Freien Demokraten eigen ist, können wir offen und mutig, besonnen und sichtbar in das kommende Jahr 2024 gehen. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann erwartet ein Jahr, das herausfordernd, überraschend, emotional, bewegend und bereichernd wird. Genau das sollten wir uns wünschen.

Ihre

Navina Knoke

04 MELDUNGEN

05 ANPACKEN UND NICHT WEGDUCKEN

Eine Inventur zur Halbzeit der Koalition

06 75 JAHRE FDP

Der Anker in der Mitte

10 DER WESTEN UNTER DRUCK

Wer Israel angreift, greift auch uns an!

12 KLARE HALTUNG FÜR ISRAEL UND GEGEN ANTISEMITISMUS

14 DIE APP

Das Digital-Tool für die Parteiarbeit

16 FRAKTIONS-NEWS

Wirtschaft, Planungsturbo, Kinderchancenportal und Cannabis

18 MIGRATIONS POLITIK

Für eine neue Realpolitik bei irregulärer Migration

19 DOPPELSPITZE IN HESSEN

20 EUROPA. EINFACH. MACHEN.

21 IDEEN FÜR EUROPA

Female Future Forum 2023

22 VOLLUMFÄNGLICH LIBERAL

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann im Steckbrief

24 EUROPÄISCHE DEPESCHE

Unsere Europaabgeordneten berichten über ihre aktuellen politischen Themen.

26 GELESEN

Was sich auf dem Lesestapel von Freien Demokraten findet.



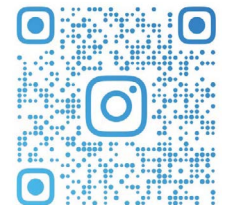
/FDP



/FDP



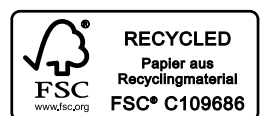
@fdp



@fdp

Wichtiger Hinweis nach Redaktionsschluss: Am 11. Dezember 2023 hat der Bundesvorstand der FDP die Durchführung einer Mitgliederbefragung beschlossen. Informationen finden Sie auf fdp.de/mitgliederbefragung

Herausgeber: FDP-Bundespartei | CvD: Navina Knoke | Redaktion: Petra Horstick, Niklas Krieg, Monika Mayer, Constantin Mitschelen, Wulf Oehme, Yannik Teicke | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: cvd@fdplus.de | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin | Anzeigen: info@fdplus.de | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 40 Euro inkl. MwSt. und Versand | Redaktionsschluss: 27. November 2023.





01 BONN BEKOMMT EINE GUIDO-WESTERWELLE-BRÜCKE

Aus der Bonner „Viktoriabrücke“ wird die „Guido-Westerwelle-Brücke“. Das hat die Bezirksvertretung beschlossen. „Trotz der wachsenden Aufgaben auf nationaler und internationaler Ebene blieb er seiner Heimatstadt ein Leben lang eng verbunden. Sein Herz hing an Bonn. Bonn blieb für ihn zeitlebens seine Heimat“, hieß es in dem von CDU- und FDP-Politikern eingebrachten Antrag zur Umbenennung. Aufgewachsen in Bonn prägte Westerwelle die Bundespolitik als Generalsekretär, Parteichef, Außenminister und Vizekanzler. „Guido Westerwelle war ein Brückenbauer. Was könnte daher angemessener sein, als einer Brücke seinen Namen zu geben“, freute sich die Bonner FDP-Landtagsabgeordnete Franziska Müller-Rech.

02 HAGEN UND HESSEL ALS FÜHRUNGS-DUO GEWÄHLT

Als erster Landesverband hat die FDP in Bayern künftig eine Doppelspitze. FDP-Landeschef Martin Hagen wurde auf einem Landesparteitag im Amt bestätigt, als Co-Vorsitzende wurde die Nürnberger Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Katja Hessel, gewählt. Mit einer guten Mischung aus Ehrenamtlern und Abgeordneten wolle man am Wiederaufstieg der bayerischen FDP arbeiten, erläuterte Hagen. Als neuer Generalsekretär wurde der Weidener Kreisvorsitzende und Kommunalpolitiker Christoph Skutella gewählt. Er folgt damit auf Lukas Köhler, der sich erfolgreich um das Amt eines stellvertretenden Landesvorsitzenden bewarb. Für die Europawahl 2024 schicken Bayerns Liberale Phil Hackemann ins Rennen.



03 KOMMUNIKATIONS- UND ORGANISATIONSTALENTE GESUCHT!

Wir suchen Verstärkung für unser Kampagnenteam zur Europawahl! Gemeinsam wollen wir die EU handlungsfähiger, marktwirtschaftlicher und digitaler machen. In der heißen Phase des Europawahlkampfes bieten wir begleitend zum Studium oder Ausbildung bzw. zur Studien- oder Berufsorientierung ein dreimonatiges Praktikum vom 18. März bis 9. Juni 2024 in unserer Bundesgeschäftsstelle in Berlin an. Die Teilnehmer erwarten unter anderem ein Skillcamp mit erfahrenen Wahlkampfprofis, Einblicke in den Maschinenraum der Freien Demokraten, Wahlkampfaktionen und Kommunikationskampagnen sowie eine angemessene Praktikumsvergütung. Mehr dazu:

fdp.de/jobs



ANPACKEN UND NICHT WEGDUCKEN

Zur Halbzeit der Koalition lohnt die Inventur. Eine Vielzahl wichtiger Vorhaben zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Landes konnte bereits vorangetrieben werden. Doch es warten noch wichtige Aufgaben auf uns, insbesondere finanz- und wirtschaftspolitisch.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender &
Bundesminister der Finanzen

Im November hat sich das Bundesverfassungsgericht erstmals umfassend zur Schuldenbremse und zu Sondervermögen geäußert. Wir haben eine neue Rechtsklarheit, die die Staatspraxis ändert. Kern des Urteils ist: Notlagenkredite müssen in dem Haushaltsjahr genutzt werden, in dem sie beschlossen wurden.

Für das Jahr 2023 stellen wir nun mit einem Nachtragshaushalt die Verfassungsmäßigkeit der bereits verausgabten Mittel für die Strom- und Gaspreisbremse her. Es geht also nicht um zusätzliche, sondern um die rechtliche Absicherung bereits erfolgter Ausgaben.

GUTE WIRTSCHAFTSPOLITIK OHNE HÖHERE KOSTEN

Aus dem Urteil leitet sich ein klarer Auftrag ab: Es braucht eine neue Realpolitik, um Richtung und Prioritäten der Regierungspolitik zu präzisieren – gerade bei begrenzten Mitteln. Die kurzfristigen Folgen werden mitunter hart sein; langfristig erarbeiten wir uns aber Vorteile. Die Politik ist jetzt gezwungen, mit weniger öffentlichen Subventionen die Wirtschaft für die Zukunft zu stärken. Alle müssen einsehen, dass ansteigende Erwartungen an den Staat bei begrenzten Mitteln nicht erfüllt werden können. Damit steht außer Frage, dass es auch in den kommenden zwei Jahren auf das verantwortungsbewusste Handeln der Freien Demokraten in der Bundesregierung ankommen wird. Jetzt heißt es anpacken und nicht wegducken. Für uns geht es um weniger Bürokratie, agile Verwaltung, Technologieoffenheit und die Mobilisierung privaten Kapitals für Investitionen. Gute Wirtschaftspolitik muss nicht mit immer höheren staatlichen Kosten einhergehen, sondern Unternehmergeist anfachen und

Rahmenbedingungen für Wachstum verbessern.

ES BLEIBT VIEL ZU TUN

Auch abseits der Finanz- und Wirtschaftspolitik bleibt unser konsequentes Handeln unabdingbar:

Erstens: Wir müssen die neue Realpolitik bei der Migration umsetzen. Zu viele Menschen kommen nach Deutschland, die auf den Sozialstaat angewiesen sind. Diesem droht nicht nur die Überlastung, auch die gesellschaftliche Solidarität wird hierdurch gefährdet. Gemeinsam mit den Ländern haben wir darum die Asylwende eingeleitet, durch die wir auch Leistungen für Asylbewerber einschränken. So reduzieren wir Anreize für irreguläre Migration.

Zweitens: Mit dem Startchancen-Programm ist uns ein Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik gelungen. Künftig fördern wir 4000 Schulen und investieren 20 Milliarden Euro in die Zukunft der Kinder. So füllen wir das Aufstiegsversprechen durch Bildung wieder mit Leben. Durch das Wachstumschancengesetz werden wir zudem die steuerliche Forschungsförderung ausweiten, davon profitieren sowohl Großunternehmen als auch KMUs.

Drittens werden wir die Rente enkelfit machen. Dafür setzen wir das sogenannte Generationenkapital auf – eine zusätzliche Säule in der gesetzlichen Rente, die im Sinne einer Aktienrente kapitalgedeckt ist. Um das Rentensystem dauerhaft stabil zu halten, müssen wir zudem mehr Menschen in die volle Erwerbstätigkeit bringen.

Wir haben als Freie Demokraten bereits viel erreicht, aber wir werden nicht müde – denn es ist an uns, das Land für die Zukunft zu stärken. ■

DER ANKER IN DER MITTE

REFLEXIONEN ZUR ROLLE DER FDP IM PARTEIENSPEKTRUM AUS ANLASS IHRES 75. GRÜNDUNGSJUBILÄUMS



Dr. Hermann Otto Solms
FDP-Ehrenvorsitzender

Nachdem die Bildung einer gesamtdeutschen liberalen Partei misslungen war, kam es am 11. und 12. Dezember 1948 in Heppenheim zum Gründungsparteitag der westdeutschen Freien Demokratischen Partei unter dem Motto „Einheit in Freiheit“. Dem Vorsitzenden Theodor Heuss war es wichtig, die traditionelle Spaltung der Liberalen seit der Kaiserzeit und der Weimarer Republik in einen national-liberalen und einen liberal-demokratischen Flügel zu überwinden und den Zusammenhalt zu stärken. Diese beiden Grundlinien innerhalb der FDP blieben zwar in Form der wirtschafts- und sozialliberalen Flügel noch über Jahrzehnte hinweg bestehen, sind heute aber seit

dem Neuaufbau ab 2013 überwunden.
Die aus meiner Sicht prägenden Wendemarken liberaler Politik in den folgenden 75 Jahren veranschaulichen schlaglichtartig die Rolle der Freien Demokraten in einer sich kontinuierlich verändernden deutschen Parteienlandschaft. In der Koalition mit Konrad Adenauers CDU hat die FDP im Einklang mit Ludwig Erhard dafür gesorgt, dass die Soziale Marktwirtschaft zur herrschenden Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik werden konnte. Gleichwohl gab es in gesellschafts- und außenpolitischen Fragen starke Differenzen zwischen den Koalitionspartnern. Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass mit dem

Ende der Nachkriegszeit eine Erneuerung auf nahezu allen Politikfeldern erforderlich war.

Als Walter Scheel 1968 zum Parteivorsitzenden und der Sozialdemokrat Gustav Heinemann 1969 zum Bundespräsidenten gewählt worden waren, wurde klar, dass es mit der anschließenden Bundestagswahl in eine neue Richtung gehen würde. Schon Anfang der sechziger Jahre hatte die FDP als erste Partei die Grundlagen für eine neue Ost- und Entspannungspolitik erarbeitet, die nun in der Koalition mit der SPD unter Bundeskanzler Willy Brandt verwirklicht werden konnte. Scheel hat die Zeichen der Zeit erkannt und trotz des Risikos, in Wahlen für den Kurswechsel abgestraft zu werden, für eine Aufbruchstimmung gesorgt. Mit den „Freiburger Thesen“ erhielt diese Neuausrichtung eine geistige und gesellschaftspolitische Grundlage. In den vorgezogenen Neuwahlen 1972 wurde die sozial-liberale Reformpolitik durch die Wähler bestätigt.

UMDENKEN UND REFORMWILLE

Die gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Ölpreiskrisen 1973 und 1979 in Verbindung mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluss als Antwort auf die Statio-

nierung atomarer Mittelstreckenraketen durch die Sowjets machten jedoch ein sowohl wirtschafts- als auch verteidigungspolitisches Umdenken erforderlich. Dazu waren die Sozialdemokraten nicht bereit. Sie versagten ihrem eigenen Kanzler Helmut Schmidt die Unterstützung. Die FDP entschloss sich deshalb 1982 dazu, Helmut Kohl im Rahmen eines konstruktiven Misstrauensvotums zur Kanzlerschaft zu verhelfen – erneut ungeachtet der damit verbundenen Risiken bei Wahlen.

Die notwendigen Arbeitsmarkt- und Finanzreformen, die zu Beginn der neuen Koalition auf den Weg gebracht wurden, haben Wirtschaft und Arbeitsmarkt bis Ende der achtziger Jahre wieder stabilisiert. Durch die Nachrüstung und das Wettrüsten unter US-Präsident Ronald Reagan wurde die Staatswirtschaft der Sowjetunion in den Ruin getrieben. Diese beiden Entwicklungen haben letztlich die Tür zur deutschen Wiedervereinigung geöffnet. Es war eine glückliche Fügung, dass Kohl und Genscher in dieser historischen Phase die Zügel in der Hand hatten und mit Mut und Entschlossenheit das Momentum zu nutzen wussten. Gut 40 Jahre nach dem Scheitern im ersten Anlauf eröffnete sich nun auch die Möglichkeit, 1990 eine gesamtdeutsche liberale Partei aus der Taufe zu heben.



Die 13 liberalen Landesverbände in den westlichen Besatzungszonen schließen sich zusammen und gründen die Freie Demokratische Partei. Ihr erster Vorsitzender ist Theodor Heuss.

DEZEMBER 1948

Regierungsbeteiligung in den Kabinetten Adenauer I und II

1949 - 1956

Regierungsbeteiligung in konservativ-liberaler Koalition

1961 - 1966

Freiburger Thesen stellen die außen- und gesellschaftspolitische Wende der Partei auf eine theoretische Grundlage – ein sozialer Liberalismus und gesellschaftliche Reformen werden festgeschrieben.

1971

Walter Scheel wird Bundespräsident und Hans-Dietrich Genscher wird zum Vizekanzler und Außenminister unter Helmut Schmidt.

1974

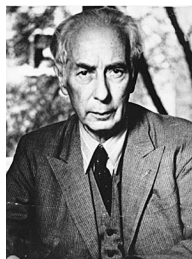
Gründung des Bundesverbandes der Jungen Liberalen.

1980



SEPTEMBER 1949

Heuss wird erster Bundespräsident.



1958

Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung

1969

Regierungsbeteiligung in sozial-liberaler Koalition



1972

FDP verabschiedet als erste der Bundestagsparteien ein Programm zur Gleichberechtigung der Frau.

1977

Kieler Thesen. Darin wendet die Partei sich mehr dem Wirtschaftsliberalismus zu.

SEPTEMBER 1989

„...ihnen mitzuteilen, dass Ihre Ausreise...“ Außenminister Genscher verkündet in der Prager Botschaft die Ausreiseerlaubnis für dort gestrandete DDR-Bürger in die Bundesrepublik.

REALISATION DER DEUTSCHEN EINHEIT

Ich hatte in den neunziger Jahren als Fraktionsvorsitzender die anspruchsvolle Aufgabe, die Politik zur Realisierung der deutschen Einheit mitzugestalten. Das lief in der ersten gesamtdeutschen Legislaturperiode in großer Harmonie mit den Unionsparteien ab. Nach 1994 war die FDP erneut die treibende Kraft für die zu diesem Zeitpunkt notwendigen Reformen in der Sozial-, Gesundheits- und Steuerpolitik. Sie konnten allerdings wegen des zögerlichen Verhaltens der CDU nicht rechtzeitig auf den Weg gebracht werden, so dass es dem damaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine gelang, sie über den Bundesrat zu blockieren. Das führte 1998 folgerichtig zur Abwahl der schwarz-gelben Koalition.

Die FDP hat ihre neue Rolle ohne Zögern angenommen und sich aus der Opposition heraus weiterhin aktiv an den politischen Gestaltungsprozessen beteiligt. So konnten bis 2005 unter Bundeskanzler Gerhard Schröder weite Teile der Reformvorhaben umgesetzt werden, die wir in der späten Ära Kohl bereits in Gesetzentwürfen eingebracht hatten. Als Angela Merkel an die Macht kam, hat die FDP-Opposition insbesondere in der Steuer- und

Finanzpolitik weitreichende Reformvorschläge erarbeitet. Das hat uns im öffentlichen Bewusstsein die Meinungsführerschaft auf diesem Gebiet eingebracht.

PRÄGNANTE VORHABEN UND HISTORISCHES TIEF

Mit einleuchtenden Formeln wie „Mehr Netto vom Brutto“ und den steuerlichen Prinzipien „einfach, niedrig und gerecht“ haben wir bei der Bundestagswahl 2009 unter Parteichef Guido Westerwelle mit 14,6 Prozent das beste Ergebnis unserer Geschichte erzielt. Weil Merkel jedoch – leider gegen nur geringen Widerstand der FDP-Führung – eine Umsetzung unserer Vorschläge verhindert und überdies 2011 eine völlig verfehlte Energiewende eingeleitet hat, stürzte die regierende Koalition aus Union und FDP bei der Wahl 2013 in ein historisches Tief. Die FDP flog erstmals in ihrer Geschichte aus dem Bundestag.

Der Neuaufbau unter Christian Lindner wurde mit großer Energie vorangetrieben und hat zu einer nachhaltigen Konsolidierung beigetragen, die uns 2017 mit einem zweistelligen Ergebnis zurück in den Bundestag führte. Was ohne liberales Gegengewicht im Parlament gesche-

hen kann, wurde 2015 an dem fundamentalen Fehler der Kanzlerin in der Migrationspolitik ersichtlich, an dem wir noch heute leiden.

Als 2017 in den Sondierungen mit Union und Grünen spürbar wurde, dass gerade die Unionsführung alle unsere Vorschläge blockieren wollte, haben wir die Gespräche abgebrochen: „Besser nicht regieren, als falsch regieren.“ Noch heute bin ich der Ansicht, dass dies die richtige Entscheidung war.

2021 haben wir in schwierigen aber erfolgversprechenden Verhandlungen eine Koalition mit Sozialdemokraten und Grünen gebildet. Die CDU dagegen hatte ihre Erfolgchancen selbst zerstört. Der FDP gelingt es in zähen Verhandlungen, die Regierungspartner zu einem insgesamt vernünftigen Mittelweg zu bewegen und gleichzeitig eigene Erfolge wie steuerliche Entlastungen der Menschen und Betriebe, die Einleitung einer Asylwende durch eine neue Realpolitik in der Migration, Bürokratieabbau und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren durchzusetzen. Dies alles vor dem Hintergrund völlig unerwarteter Entwicklungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den neu entbrannten Nahostkonflikt.

Auch an diesen jüngsten Entwicklungen zeigt sich die unverzichtbare Funktion der FDP im deutschen Parteienspektrum:

SIE IST DER ANKER IN DER MITTE DES PARTEIENSYSTEMS.

Neben der programmatischen Festlegung auf die Soziale Marktwirtschaft und die Verteidigung der Bürgerrechte hat die FDP eine Funktion, die von keiner anderen im Bundestag vertretenen Partei ausgefüllt wird: Allein durch ihre Existenz erzwingt sie, dass die demokratischen Parteien links und rechts von ihr nicht ins Extreme ausschlagen, sondern zur Mitte hin orientiert bleiben. Gäbe es dieses Bindeglied nicht, wären die Gefahren für die Demokratie nicht abzusehen.

Walter Scheel hat schon 1972 vor dem Deutschen Bundestag herausgestellt: „Diese kleine und mutige, gescholtene und geschlagene, häufig für tot erklärte und immer wieder aufgestandene Freie Demokratische Partei hat mehr für das Wohl dieser Republik bewirkt als ihrer zahlenmäßigen Stärke zuzutrauen war.“ ■

Auf dem Parteitag in Hannover schließen sich die FDP, der Bund Freier Demokraten, die Deutsche Forumpartei und die F.D.P. der DDR zur ersten gesamtdeutschen Partei zusammen.

Guido Westerwelle wird Bundesvorsitzender.



Karlsruher Freiheitsthesen

AUGUST 1990

2001

2012

Der Erneuerungsprozess der Partei beginnt: Christian Lindner wird zum Parteivorsitzenden gewählt.

Die erste Version des neuen Leitbildes der Partei entsteht.

DEZEMBER 2013

2015

Regierungsbeteiligung im Kabinett Scholz

2021

1998

Es enden knapp 30 Jahre ununterbrochener Regierungsbeteiligung.

2009

Spitzenergebnisse in Europa- und Bundestagswahl, die FDP ist zu diesem Zeitpunkt in fast allen Landesparlamenten vertreten. Regierungsbeteiligung: die FDP stellt fünf Minister – Guido Westerwelle wird Vizekanzler und Außenminister.

SEPTEMBER 2013

Die FDP scheidet an der 5-Prozent-Hürde, verpasst erstmals in ihrer Geschichte den Einzug in den Deutschen Bundestag.

2015

Das Corporate Design wird bunter – Magenta, ein knalliges Gelb und Blau werden die Farben der Partei.

2017

Wiedereinzug in den Bundestag mit 10,7 Prozent. Das deutsche Parlament hat wieder eine liberale Stimme.



DER WESTEN UNTER DRUCK WER ISRAEL ANGREIFT, GREIFT AUCH UNS AN!

Weltweit verfolgen Diktatoren, Autokraten und Extremisten eine Agenda, die für liberale Demokratien ein Warnsignal sein muss. Die Barbarei der Hamas gegen Israel verdeutlicht das einmal mehr.



Bijan Djir-Sarai
FDP-Generalsekretär

Der 7. Oktober 2023 ist nicht nur augenblicklich als ein erschütterndes Fanal in die Geschichte des Staates Israel eingegangen, sondern hat weltweit für Schock und Verstörung gesorgt. Die massenhaften, extrem brutalen Morde der islamistischen Hamas stellen ohne Zweifel einen zivilisatorischen Tiefpunkt dar. Sie sind an hasserfüllter Unmenschlichkeit kaum zu überbieten. Dass an diesem Tag Anfang Oktober so viele Jüdinnen und Juden ermordet wurden, wie seit der Zeit der Shoa nicht mehr, ist keine Banalität, keine Randnotiz. Wir haben es nicht mit einer reinen Eskalation zwischen Terroristen und dem Staat Israel zu tun. Nein, Israel ist derzeit akut in seiner Existenz bedroht. Das Ziel dieser Angriffe war und ist die Vernichtung dieses Staates und der dort lebenden Menschen. Umso verstörender und unerträglicher ist das Verhalten jener, ob in den USA oder in Europa und Deutschland, die die Ermordung von Kindern, Frauen und Männern feiern, rechtfertigen und Terroristen zu Freiheitskämpfern stilisieren. Allzu oft begleitet durch ein dröhnendes Schweigen von sonst eher lautstarken gesellschaftlichen Gruppen oder einer abstoßend kalten Empathielosigkeit gegenüber Jüdinnen und Juden in Israel und weltweit. Selbst internationalen Organisationen gelingt es mit Blick auf den 7. Oktober teils nicht einen angemessenen und respektvollen Ton zu treffen, oder nicht in eine Täter-Opfer-Umkehr zu verfallen.

ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND

Der sich aus unterschiedlichen Motiven heraus bahnbrechende obsessive Antisemitismus hat auch in Deutschland eine neue Dimension bis in bürgerliche Schichten hi-

nein erreicht. Das beginnt beim Anlegen der stets selben Doppelstandards, wenn es um Israel geht und setzt sich fort bei den absurd häufigen Verurteilungen der einzigen Demokratie im Nahen Osten durch UN-Gremien. Es hat zu tun mit der typischen „Ja-aber-Argumentation“, mit der Delegitimierung des Staates Israel durch antisemitische Gruppierungen wie BDS sowie der ermüdenden, faktisch falschen Behauptung Israel sei ein Apartheidstaat. Die klassischen rechtsextremen Verschwörungstheorien setzten dem Ganzen schließlich die Krone auf und gehen eine fatale Allianz mit Antisemiten von links und juden-hassenden Islamisten ein. Das alles hat gesellschaftliche und politische Folgen, denen sich auch die freien, westlichen Gesellschaften in Europa stellen müssen. Der Angriff auf Israel und seine weltweiten Auswirkungen gehen uns alle an, zumal wir sie ganz konkret auf unseren Straßen beobachten können.

FREIE INTERNATIONALE ORDNUNG UND ZEITENWENDE

Einmal mehr zeigt sich, wie rasant sich die Welt verändert und was diese fundamentalen Veränderungen auch für uns bedeuten. Die Feinde von Freiheit und Demokratie sind auf der ganzen Welt aktiv und verbünden sich, um freie Gesellschaften zu bekämpfen. Wir wissen, dass Diktatoren, Autokraten, Populisten und Terroristen ihre eigenen Allianzen und Bündnisse schmieden. Das Ziel: Unsere Gesellschaften destabilisieren und unsere westlichen Werte bekämpfen. Wir wissen seit vielen Jahren, wohin sich Russland entwickelt. Gerade wir als Deutsche stehen vor enormen Herausforderungen mit Blick

auf die Ambivalenz Chinas, welches wir handelspolitisch brauchen, das aber nicht weniger als die Vorherrschaft auf diesem Globus anstrebt. Wir wissen um die Rolle des Mullah-Regimes in Teheran, auf das sich Machthaber in der ganzen Welt stets bei Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Waffenhandel „verlassen“ können. In diesem Konzert darf auch Nordkorea, als wahre Blaupause für diktatorische Auswüchse, nicht fehlen. Unterdrückung und Illiberalität sind für diese Staaten überlebenswichtig, da sie ihre eigene Macht daraus schöpfen. Zu Recht hat auch Deutschland, ebenso wie ganz ähnlich die Vereinigten Staaten 2020, in seiner kürzlich vorgelegten Nationalen Sicherheitsstrategie die „freie internationale Ordnung“ sehr bewusst Erwähnung finden lassen. Mit der sogenannten Zeitenwende haben wir politisch nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine die Weichen neu gestellt. Vor allem auch mit Blick auf unsere eigene Verteidigungsfähigkeit. Denn mehr und mehr haben es die liberalen Demokratien der Welt mit Akteuren zu tun, die nicht daran denken, internationale Regeln oder geübtes Recht einzuhalten, sich gleichzeitig aber auf eben diese berufen. So spielen sie sich quasi gegenseitig nutzbringend die Bälle zu, etwa auch unter dem Dach der Vereinten Nationen.

AUTORITÄREN STAATEN BEGEGNEN

Diesen ebenso bedenklichen wie bedrohlichen Entwicklungen gegen eine regelbasierte Ordnung muss die zivilisierte Welt mit umso mehr Zusammenhalt, Nachdruck und auch Selbstbewusstsein begegnen. Es ist absurd, zynisch und kontraproduktiv, wenn ausgerechnet der Iran, wie kürzlich erneut geschehen, den Vorsitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen übernimmt. Diplomatie hin oder her: Hier muss Klartext geredet werden und dies gilt es zu verurteilen! Ansonsten lautet die Botschaft an die Diktaturen dieser Welt: „Schaut her, unsere Werte nehmen wir selbst nicht ernst. Sie sind höchstens Mittel zum Zweck“. Diese Narrative gibt es längst. Für autoritäre Staaten ist es an der Tagesordnung zu simplifizieren. Intransparenz und Desinformation sind ihre Lebenselixiere. Doch müssen sie unglaublich viel Energie und Kapital in Machterhalt investieren. Denn der Freiheitsdrang der Menschen existiert immer. Im Iran, auf Kuba oder auch in Gaza, bei denjenigen, die den Hamas-Terror hinter sich lassen wollen. Es liegt in der Natur des Menschen, frei, unabhängig und kreativ zu sein. Deswegen sind freie Staaten wirtschaftlich und mit Blick auf Innovationen

auch erfolgreicher als Diktaturen. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind drei große Schätze zahlreicher Gesellschaften dieser Erde.

DIE GEGNER IM INNEREN DER GESELLSCHAFT

Um unsere regelbasierte Ordnung zu erhalten, muss die zivilisierte Welt umso mehr in großer Entschiedenheit agieren. Zur realistischen Betrachtung gehört nämlich auch, dass die Gegner westlicher Gesellschaften auch Teil dieser selbst sind. So kommt zu einer oftmals eher abstrakt wirkenden Bedrohung von außen eine sehr konkrete von innen hinzu. In den aktuellen Diskussionen um den Nahostkonflikt erleben wir eine teils abenteuerliche ideologische und inhaltliche Verschmelzung zwischen diesen Akteuren in Deutschland selbst. Das müssen wir verinnerlichen und danach handeln. Die Politik ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger.

WEHRHAFTIGKEIT DER DEMOKRATIEN

Wenn dieses Bewusstsein auf allen Ebenen verankert ist, werden Antisemiten, Populisten, Links- und Rechtsradikale sowie der internationale Terror am Ende kaum obsiegen können. Aus diesem Grund ist es höchste Zeit, klar zu machen, in welchem Europa und Deutschland wir leben wollen und für eben dieses einzustehen – gegen Gegner im In- und Ausland.

Unsere Demokratie wird sich nun an ihrer Wehrhaftigkeit messen lassen müssen. Der 7. Oktober ist eine Tragödie für Israel, aber auch für den Westen insgesamt. ■

KLARE HALTUNG FÜR ISRAEL UND GEGEN ANTISEMITISMUS

Judenfeindlicher Hass, antisemitische Verschwörungsmythen und islamistische Schreckensparolen sind nicht nur ein Anschlag auf Würde und Rechte, sondern auch auf die Prinzipien des Liberalismus.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Ein Satz von Marcel Reich-Ranicki, Literaturkritiker und Überlebender des Warschauer Ghettos, geht mir derzeit wieder durch den Kopf: „Unverständlichkeit ist noch lange kein Beweis für tiefe Gedanken.“ Derzeit versuchen sich einige Kommentatoren tief auf die Hintergründe des Nahostkonflikts zu konzentrieren und ihre Einordnung wirkt vor versuchter Ausgewogenheit schon unverständlich und uneindeutig. Es gibt zugegebenermaßen wenige Orte mit einer tieferen und längeren Geschichte der Konflikte. Aber wir dürfen bei den Komplexitäten der Hintergründe nie vergessen, dass die Geschichte des 7. Oktobers 2023 klar und eindeutig ist.

POGROM UND MASSEMORD

Terroristen der Hamas überquerten die Grenze des Gazastreifens und zogen von Haus zu Haus, um Juden zu ermorden. 1.200 Menschen fielen dem größten Pogrom und Mord an Juden seit der Shoah zum Opfer. Tausende wurden verletzt, Hunderte zu Geiseln und ein ganzes Land traumatisiert. Groß war das erste Entsetzen, glücklicherweise ebenso groß die erste Welle der Solidarität. Doch schon kurz nach der massenhaften Ermordung von Zivilisten bröckelt diese. In Deutschland demonstrierten schon in den ersten Wochen bei laufendem Raketenterror der Hamas mehr Menschen in Solidarität mit den Menschen im Gazastreifen, als in Solidarität mit den Opfern des Terrors in Israel.

SOLIDARITÄT UND TÄTER-OPFER-UMKEHR

Jede Solidarität mit toten Zivilisten und Empathie mit dem Leid der Opfer sind begrüßenswert. Aber die Solidarität mit den Menschen im Gazastreifen wurde vielerorts zu einer Täter-Opfer-Umkehr instrumentalisiert, jüdenfeindlicher Hass und islamistische Schreckensparolen wurden unüberhörbar. Die deutschen Behörden verzeichnen dabei einen dramatischen Anstieg antisemitisch motivierter Straftaten. Antisemitismus war nie eine abstrakte Bedrohung, sondern schon immer bittere Realität im Alltag von Jüdinnen und Juden. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass seit dem 7. Oktober Juden in Deutschland wieder Angst im Alltag haben müssen. Das verlangt weiter entschiedenes Regierungshandeln, konsequente Antworten des Rechtsstaats sowie von uns allen.

EINE KLARE LIBERALE STIMME

Die Stiftung nimmt den Anstieg von Israelhass und Antisemitismus sehr ernst und hat deswegen in ihren Programmen, Veranstaltungen und Beiträgen einen verstärkten Fokus auf den Themenkomplex Israel, Judentum und Antisemitismus gelegt. Seit Jahren organisiert die Stiftung deutschlandweit Veranstaltungen an Schulen zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus. An inzwischen über 500 Veranstaltungen an Schulen kam dabei der Rapper Ben Salomo mit unterschiedlichen Moderatoren der Stif-

tung zum Einsatz, um mit Schülern über seine eigene Biografie über Antisemitismus ins Gespräch zu kommen. Auf Stiftungsveranstaltungen mit unseren eigenen Expertinnen und Experten, engagierten Jungen Liberalen wie Anna Staroselski, Sprecherin der Werteinitiative, erfahrenen Journalisten wie Richard C. Schneider und vielen Freien Demokraten von den Liberalen Freunden Israels bis zu vielen Bundestagsabgeordneten tragen wir dazu bei, dass liberale Stimmen laut, deutlich und klar hörbar werden.

ANTISEMITISCHE VERSCHWÖRUNGS-MYTHEN, CODES UND METAPHERN

Doch vor dem ansteigenden Antisemitismus im Zusammenhang mit klassischen antijüdischen Verschwörungsmythen und Israelhass und der erschreckend geringen Unterstützung Israels in der deutschen Bevölkerung ist das alles nicht genug. Während für die Ukraine erfreulicherweise Hunderttausende durch die Straßen in Deutschland zogen, waren auf der historisch größten Demonstration für Israel direkt nach dem Terrorakt der Hamas in Berlin keine 30.000 Unterstützer zu sehen.

Mit einer neuen Serie von Artikeln auf Webseite und Sozialmedien versuchen wir deshalb, Antisemitismus auch dort zu dekodieren, wo er in versteckter Form daherkommt. Denn Antisemitismus wird durch Codes und Metaphern kommuniziert, die wie ein schleichendes Gift die Meinungen der Menschen beeinflussen. Wenn Rechtsradikale vom „Bevölkerungsaustausch“ sprechen, suggerieren sie, es gäbe eine globale Elite mit einem geheimen Plan. Da erkennt man auch schnell den klassischen antisemitischen Verschwörungsmythos einer „jüdischen Weltverschwörung“ dahinter.

DEUTUNGSHOHEIT UND DÄMONISIERUNG

Aber auch wenn Linke voller Empathie für das Leid der Palästinenser Israel schnell als „Unrechtsstaat“ oder „Apartheidstaat“ bezeichnen, sind das Schlagworte zur Dämonisierung Israels. Israel werden grundsätzlich böse Absichten unterstellt. Für Israel gibt es dann eben keinen Funken Empathie – beispielsweise dafür, dass zum Schutz der eigenen Bevölkerung und in Ausübung des Selbstverteidigungsrechtes Krieg gegen eine aktive Terrororganisation geführt werden muss. Der Begriff Apartheid, der entweder unreflektiert oder bösartig auch von manchen Menschenrechtsorganisationen übernommen wurde, versucht zu suggerieren, Israel sei ein rassisti-

ches Konstrukt. Israel wird dämonisiert, ohne der komplexen israelischen Demokratie mit arabischen Parteien im Parlament gerecht zu werden.

In der islamistischen Erzählung zum Nahostkonflikt wird der Begriff Zionismus selbst zu einem antisemitischen Code, der auch in der deutschen Bevölkerung verfängt. Denn Zionismus beschreibt eigentlich das Streben der Jüdinnen und Juden zu einem eigenen Nationalstaat. Das ist ein legitimes und nach jahrhundertelanger Verfolgung und der Shoah auch notwendiges Anliegen, dessen Schutz wir in Deutschland richtigerweise zu einem Teil unserer Staatsraison gemacht haben. In der Umdeutung wird Zionismus von Islamisten als geheime Weltverschwörung mit bösen rassistischen und kolonialen Zielen verwendet. Der Staat Israel wird so im antisemitischen Verschwörungsmythos unter der verdrehten Verwendung des Begriffs Zionismus als grundböse dämonisiert. Es ist ein billiger rhetorischer Trick zu sagen, man habe mit Juden kein Problem, aber mit Zionisten. Das ist eine rechtextreme, linke Gruppierung und Islamisten, aber ich habe eine beeinflusste Verwendung des Begriffs auch schon von Demokraten gehört.

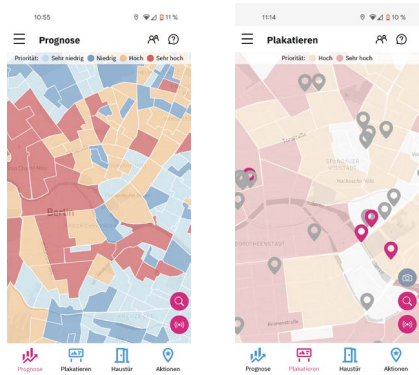
ANTISEMITISMUS ERKENNEN UND ENTGEGENTRETEN

Vor dieser Bedrohungslage in politischen Parolen bis zu Straftaten müssen wir Freien Demokraten mit den demokratischen Kräften der Mitte vereint Antisemitismus und Israelhass entschieden und initiativ bekämpfen. Wir müssen Antisemitismus dekodieren lernen, dass wir auch langfristig dafür sorgen können, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder sicherer fühlen und wissen, dass unsere Staatsraison keine leere Floskel ist. Der beste Schutz für Jüdinnen und Juden ist ein Deutschland, das als liberaler Rechtsstaat mit Bürger- und Minderheitenrechten jedes Individuum schützt, unabhängig von Herkunft, Religion, ethnisch-kultureller Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung. Aber eben auch Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den intoleranten Feinden der offenen Gesellschaft zeigt. Ein Deutschland, das nicht nur mit seinen Rechtsdurchsetzungsorganen, sondern auch mit einer starken Zivilgesellschaft, freien Medien und hörbaren Freien Demokraten jüdisches Leben unterstützt. Das ist unsere Verantwortung aus unserer Geschichte. ■

DIE APP: DAS DIGITAL-TOOL FÜR DIE PARTEIARBEIT

Das Superwahljahr 2024 liegt vor uns: Kommunalwahlen, Europawahl, Landtagswahlen stehen an. Und die Freien Demokraten sind gerüstet.

Um unsere Mitglieder zu mobilisieren und neue Wähler zu gewinnen, entwickeln wir unsere Mitglieder-App kontinuierlich weiter. Neben der Verwaltung der persönlichen Mitgliedsdaten bietet die App viele Möglichkeiten, aktiv zu werden und uns mit Ihrer Zeit und Energie zu unterstützen. Außerdem erhalten Sie alle aktuellen Informationen zur FDP und sehen auf einen Blick alle News und Updates.



DATENGESTÜTZTER HAUSTÜRWAHLKAMPF

In einer Zeit, in der Menschen zunehmend schwer zu erreichen sind, stellt der datengestützte Haustürwahlkampf ein effektives Mittel dar, um ausgewählte Wähler an ihren Haustüren zu mobilisieren. Der strategische Einsatz von Daten, Analysen und Technologien ermöglicht es, erfolglose Kontaktversuche zu verringern und damit die knappen Kampagnenressourcen zu sparen. Um eine effektive Tür-zu-Tür-Kampagne durchzuführen, ist eine sorgfältige Planung und Organisation unerlässlich. Damit kann sich das Team auf die Inhalte und Emotionen konzentrieren, die für eine erfolgreiche Kommunikation an der Haustür notwendig sind. Die Nutzung der App erleichtert die Planung, Durchführung und Nachbearbeitung von Haustürbesuchen.

Egal ob Haustürwahlkampf, Flyer verteilen oder Plakate kleben: unter dem Menüpunkt „**Straßenkampagne**“ lässt sich herausfinden, welche Gebiete sich besonders gut für Wahlkampfaktionen eignen. Dort findet sich die Prognosekarte, auf der sich vielversprechende Gegenden identifizieren lassen. Auf der Plakate-Karte lassen sich Plakatstandorte – neuerdings auch mit einem Foto – markieren. Für den Haustürwahlkampf, bei dem Sie gemeinsam von Tür zu Tür ziehen, um die Bürgerinnen und Bürger an den Wahltermin zu erinnern, gibt es den Bereich „Haustür“. Dort finden Sie verschiedene Möglichkeiten, Gespräche und Steckaktionen zu dokumentieren. Unter „Mein Kampagnenbereich“ können Sie Ihr Team und den Wahlkampf organisieren. Als Teamleiter können Sie im Team Nachrichten für die Mitglieder verfassen und Aufgaben anlegen. Neuerdings können Sie dazu nicht nur Straßennamen auswählen, sondern auch Gebiete auf der Karte einzeichnen. Teams können von Ihrer Landesgeschäftsstelle eingerichtet werden.

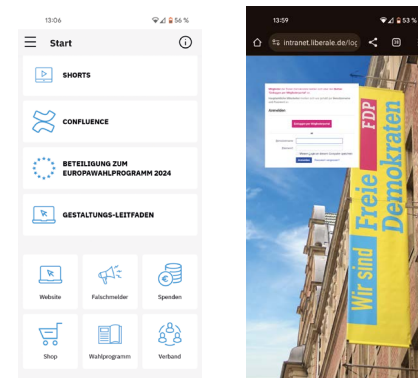
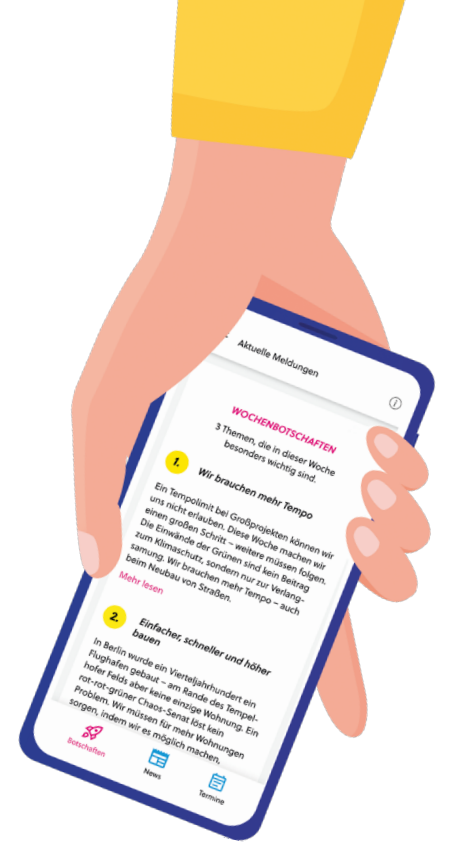


SOFAKAMPAGNE: NEWS, ARGUMENTE, BOTSCHAFTEN

Die App bietet Ihnen einen vollständigen Überblick über alle Aktionen, Veranstaltungen und Gelegenheiten zum Mitmachen und Vernetzen an – auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene!

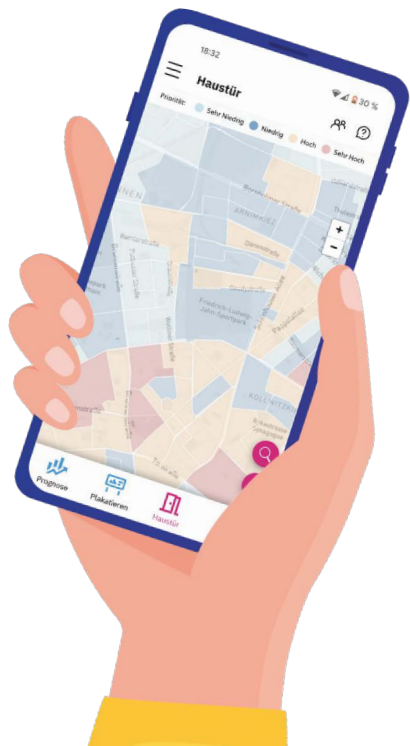
Im Bereich „News & Events“ finden Sie unsere aktuellen Wochenbotschaften. Darin erfahren Sie jeden Mittwoch kurz und knapp, welche drei Themen in der aktuellen Woche besonders wichtig sind und wie wir Freie Demokraten uns dazu positionieren. Neben den **Wochenbotschaften** finden Sie in den Mitteilungen auch unsere aktuellen Argumentepapiere, die neuesten Nachrichten der Bundespartei und aus den Landesverbänden. Auch wichtige Parteitermine aus Bund und Ländern stehen in der App zur Verfügung.

Darüber hinaus findet man die digitale Ausgabe der fdplus, Materialien, Services und Tools zu allen aktuell laufenden Kampagnen der Partei. Holen Sie sich die FreieDemokraten-App aufs Handy – und seien Sie damit stets auf dem neuesten Stand, was sich bei uns tut und wo Sie mit anpacken können.



AUS „MEINE FREIHEIT“ WIRD „CONFLUENCE“!

Wie zum Beispiel mit der neuen Beteiligungsplattform „**Confluence**“, die seit September über das Mitgliederportal erreichbar ist: Viele von Ihnen haben die Beteiligungsplattform im Zuge der Beteiligung am **Europawahlprogramm** bereits genutzt und die Funktionen getestet. Auf „Confluence“, das unsere bisherige Beteiligungsplattform „meine freiheit“ ablöst, können Sie nun noch einfacher interne Informationen Ihrer Gliederungen, Fachausschüsse und Gremien einsehen und bereitstellen, parallel an Dokumenten arbeiten, Anträge erarbeiten, Projekte planen und deren Fortschritt dokumentieren und vieles mehr. Loggen Sie sich über die Mitglieder-App oder das Mitgliederportal ganz einfach mit Klick auf „Confluence“ ein.



Probieren Sie die App gleich aus.

Google Play

App Store

DIE WEICHEN FÜR WACHSTUM STELLEN



DR. LUKAS KÖHLER

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Herr Köhler, die Koalition regiert Deutschland nun seit zwei Jahren. Wie blicken Sie auf diese Zeit?

Das erste Jahr war stark von der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine geprägt. Unsere Bemühungen, Deutschland von russischem Gas unabhängig zu machen und die Folgen für Wirtschaft und Verbraucher zu mildern, waren erfolgreich. Nicht zuletzt dank unserer liberalen Stimme der Vernunft in der Regierung. Jetzt konzentrieren wir uns darauf, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Dass das dringend nötig ist, haben ja kürzlich erst die „Wirtschaftsweisen“ deutlich gemacht. Wie soll das funktionieren?

Deutschland steht vor riesigen Herausforderungen. Mit dem Wachstumschancengesetz stellen wir die Weichen auf Wachstum. Mit den Sonderabschreibungen und der steuerlichen Förderung wichtiger Investitionen, die damit möglich

werden, schaffen wir konkrete Instrumente, um Unternehmen zu entlasten und die Wirtschaft zu stärken. Zusätzlich mobilisieren wir mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz mehr privates Kapital und schaffen so bessere Bedingungen für Startups und KMUs am Finanzplatz Deutschland. Es gilt jetzt, den Weg für die Aufsteiger von morgen zu ebnen. Erfolgsgeschichten, wie etwa das KI-Startup Aleph Alpha, zeigen doch, dass Schlüsseltechnologien in Deutschland auch ohne staatliche Subventionen finanziert werden können.

... was an anderer Stelle, etwa mit dem Vorschlag für einen Industriestrompreis, ja immer wieder in Frage gestellt wird.

Den Grundprinzipien der Marktwirtschaft muss man auch in Krisenzeiten treu bleiben. Deshalb haben wir uns gegen diese milliardenschwere Subventionierung weniger Großkonzerne eingesetzt und ein besseres Konzept vorgelegt, das am Ende auch den Kanzler und Wirtschaftsminister überzeugt hat. Von dem beschlossenen Strompreispaket, also der radikalen Absenkung der Stromsteuer und der erweiterten Strompreiskompensation, profitiert jetzt das gesamte produzierende Gewerbe, vom Bäcker bis zum Großunternehmen. Damit können auch kleinere und mittelständische Unternehmen wieder mit wettbewerbsfähigen Strompreisen planen.

Das sind Maßnahmen, die nun schon beschlossen sind. Was planen Sie als nächstes?

Wir müssen zu einer treffsicheren Angebotspolitik zurückkehren, Steuerlast und Abgaben verringern sowie verschleppte Reformen zügig umsetzen. Eine Senkung der Unternehmenssteuern auf 14 Prozent würde Deutschland international wettbewerbsfähiger machen und Investitionen wie Innovationen befeuern. Zudem muss der Arbeitsmarkt weniger starr und bürokratisch werden. Wir wollen die Höchstarbeitszeit erhöhen, Kündigungsfristen verkürzen und das Renteneintrittsalter variabler gestalten. So geben wir Unternehmen und Arbeitnehmern mehr Flexibilität.

Auch Deutschlands Außenhandel ist erlahmt. Wie kommt hier wieder Schwung rein?

Wir müssen jetzt alle Schranken abbauen, die unsere globalen Handelsbeziehungen derzeit erschweren. Um selbstbewusst auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren, brauchen wir eine stärkere globale und vielschichtige wirtschaftliche Vernetzung – vor allem mit Wertepartnern. Der Schlüssel dazu ist ein Netz von Freihandelsabkommen. Das CETA-Abkommen mit Kanada ist ein erster großartiger Erfolg dieser Koalition. Wichtig ist nun eine schnelle Ratifizierung des MERCOSUR-Abkommens, um Unternehmen leichteren Zugang zu großen

Absatzmärkten in Südamerika zu verschaffen.

Für den Export braucht es auch eine gute Infrastruktur, die aber in vielen Bereichen in einem schlechten Zustand ist. Woran hakt es?

Deutschland erstickt in Langsam-

keit. Mit dem verabschiedeten Planungsbeschleunigungsgesetz machen wir beim Bau und der Sanierung von Autobahnen, Brücken und der gesamten Verkehrsinfrastruktur jetzt Tempo. Gleiches gilt für die Energie- und Digitalinfrastruktur. Der Staat muss seinen überfälligen

Beitrag leisten und seine Verwaltungsstrukturen modernisieren. Nur so werden wir das volle Potenzial all der kleinen, mittleren und großen Unternehmen ausschöpfen können, die immer noch zu den innovativsten und exportstärksten der Welt gehören. ■



PLANUNGSTURBO FÜR DEUTSCHLAND KOMMT

Carina Konrad

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Lange Planungszeiten, überbordende Bürokratie und unklare Zuständigkeiten gehören künftig der Vergangenheit an“, erklärt die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Carina Konrad. Auf Druck der Freien Demokraten haben Bund und Länder verabredet, Planungs-

und Genehmigungsverfahren auch in den Bereichen Bauen, Energie und Digitalisierung zu beschleunigen und zu verschlanken. „Wir bringen die Modernisierung des Landes weiter voran und stärken so Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit“, so Konrad. Nachdem der Bundestag den Grundstein für die beschleunigte Planung von Verkehrsprojekten gelegt hat, verpflichten sich die Länder nun auch, ihren Beitrag zur Modernisierung Deutschlands zu leisten. „Bund und Länder gehen gemeinsam von der Bremse und zünden den Planungsturbo“, sagt Fraktionsvize Konrad.



DIGITAL UND EINFACH – DAS KINDERCHANCENPORTAL

Gyde Jensen

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Mit der Kindergrundsicherung legen wir den Grundstein dafür, Kinder und Jugendliche aus der Armut zu holen. Wir wollen familienpolitische Leistungen im Kinderchancenportal bündeln, digital und einfacher ab-

zurufen machen – auf dem Weg zu mehr Teilhabe für alle Kinder und Jugendliche.“

Es geht um die Bekämpfung immaterieller Armut durch die Stärkung von Teilhabechancen und das Aufstiegsversprechen. Dazu braucht es keine Leistungsausweitung, sondern eine radikale Verwaltungsreform und weltbeste Bildung. Zusätzlich ist die beste Versicherung gegen materielle Armut von Kindern die Erwerbsarbeit der Eltern. Deshalb ist es wichtig, auch deren Erwerbsanreize zu erhöhen.



BALD IST ES SO WEIT: CANNABIS WIRD LEGAL!

Kristine Lütke

Sprecherin für Sucht- und Drogenpolitik der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Die parlamentarischen Beratungen zur Cannabis-Legalisierung haben begonnen, sodass die gescheiterte Cannabis-Verbotspolitik schon bald der Vergangenheit angehört wird. Die sucht- und drogenpolitische Sprecherin

der FDP-Fraktion, Kristine Lütke, sieht beim vorliegenden Gesetzesentwurf aber noch Verbesserungsbedarf:

„Die bürokratischen Anforderungen für Cannabis-Clubs sind zu hoch. Auch die Besitzober- und THC-Obergrenzen sind aus unserer Sicht zu streng und sollten am besten komplett aufgehoben werden.“

Lütke ist überzeugt: „Die Regularien dürfen nicht zu hoch sein. Denn nur mit praktikablen Regelungen können wir Verkauf und Konsum aus dem Schwarzmarkt herausholen und wirklich etwas für Jugend- und Gesundheitsschutz erreichen.“

FÜR EINE NEUE REALPOLITIK BEI IRREGULÄREER MIGRATION

Unsere Hilfsbereitschaft ist groß. Doch unsere Kräfte sind begrenzt. Diese Einsicht leitet zu einer neuen Realpolitik bei der irregulären Migration nach Deutschland.



Dr. Marco Buschmann
FDP-Präsidiumsmitglied &
Bundesminister der Justiz

Klar ist: Deutschland braucht Migration. Wahr ist aber auch: Es kommen zu viele Menschen aktuell nach Deutschland, die sich nicht im Arbeitsmarkt einbringen und zum Wohlstand des Landes beitragen – sondern auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen sind. Das muss sich ändern.

Es ist ein gutes und wichtiges Zeichen, dass Bund und Länder bei der kürzlich stattgefundenen Ministerpräsidentenkonferenz gemeinsam verabredet haben, Fehlanreize bei der Migration senken zu wollen. Die dort gefassten Beschlüsse tragen eine liberale Handschrift. Sie sind ein erster Baustein auf dem Weg zu mehr Ordnung und Steuerung der Migration nach Deutschland.

PULL-FAKTOREN REDUZIEREN

So werden auf Initiative der Freien Demokraten hin Pull-Faktoren stärker in den Blick genommen. Das meint Umstände, die insbesondere illegale Migration nach Deutschland lenken. Konkret soll die Dauer des Bezugs von Leistungen nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz angepasst werden. Der Zeitraum, in dem Asylsuchende künftig die niedrigeren Asylbewerberleistungen bekommen sollen, wird von 18 auf 36 Monate verdoppelt. Das wird nicht nur bis zu einer Milliarde Euro einsparen, sondern verringert auch den Anreiz wegen Sozialleistungen illegal nach Deutschland zu kommen. Nicht nur die Höhe, sondern auch die Art der Auszahlung spielt eine Rolle. Deshalb sollen an die Stelle von Barzahlungen für Asylbewerber bald digitale Bezahlkarten und Sachleistungen treten. Alle Bundesländer haben sich hinter dieser Idee versammelt, die die FDP bereits seit langem eingebracht hatte.

ASYLVERFAHREN AUßERHALB EUROPAS ALS CHANCE

Bedeutsam bleibt weiter eine Reform der gemeinsamen europäischen Asylpolitik. Ein Ziel muss es sein, dass offensichtlich unbegründet Schutzsuchende bereits an der europäischen Außengrenze ihre abschlägigen Bescheide erhalten. So kommen sie erst gar nicht

nach Deutschland. Zugesagt ist nun auch eine Prüfung von Asylverfahren außerhalb Europas. Sie würden Deutschland deutlich entlasten.

Irreguläre Migration in die sozialen Sicherungssysteme zu unterbinden und reguläre Migration in geordneten Verfahren in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen – das muss das Ziel sein. Dem sind wir nun ein Stück nähergekommen. ■

DOPPELSPITZE FÜR HESSISCHE LANDTAGSFRAKTION

Die Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag hat ihre neuen Vorsitzenden gewählt: Erstmals wird es in Person von Wiebke Knell und Dr. Stefan Naas in der kommenden Wahlperiode eine Doppelspitze geben.



Wiebke Knell
Fraktionsvorsitzende der
FDP-Fraktion im hessischen
Landtag

Ländlicher Raum und Ballungsraum, Landwirtschafts- und Industriepolitik: Die neue Doppelspitze der hessischen Landtagsfraktion steht für Perspektiven-Vielfalt und vertritt Hessen von Nord bis Süd. Als thematisch breit aufgestelltes Führungs-Duo werden wir der Vielfalt des Bundeslandes und der Hessianen und Hessen gerecht und starten als starkes Team in die neue Wahlperiode. Ein starkes Team zu sein ist wichtig – denn die Probleme in Hessen sind in den letzten Jahren nicht kleiner geworden. Große Aufgaben warten auf den Landtag und auch auf unsere Fraktion. Da sind zum einen der Wohnungsmangel und der Mangel an Lehrkräften, aber auch in den Bereichen Digitalisierung und Stärkung des ländlichen Raums muss Hessen endlich aus dem Tiefschlaf erwachen. Mit konstruktiver Oppositionsarbeit werden wir den Finger in die Wunde legen und die Landesregierung antreiben.



Dr. Stefan Naas
Fraktionsvorsitzender der
FDP-Fraktion im hessischen
Landtag

Durch unsere verschiedenen Blickwinkel können wir gute Antworten auf die drängenden Fragen des Landes finden. Und obwohl wir aus verschiedenen Regionen kommen und unterschiedliche Kompetenzen mitbringen, eint uns sehr vieles. Gemeinsam wollen wir Hessen endlich

aus dem Mittelfeld herausholen und wieder stark machen. Den großen Herausforderungen werden wir uns zusammen stellen und als Team tatkräftig an der Zukunft des Landes Hessen mitarbeiten. Es gibt eine Menge zu tun. ■



→ Wiebke Knell und Dr. Stefan Naas führen die hessische Landtagsfraktion erstmals als Doppelspitze.

EUROPA. EINFACH. MACHEN. NICHT NUR AUS VERNUNFT, SONDERN AUS ÜBERZEUGUNG.

Die Europäische Union ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie hat den Menschen Frieden, Freiheit, und Wohlstand gebracht. Für die FDP als Europapartei ist die EU nicht nur Wirtschaftsgemeinschaft, sie ist eine Wertegemeinschaft, in der unsere Zukunft liegt. Herausforderungen wie internationale Kriege und Konflikte, Migration, fortschreitende Digitalisierung, Inflation und die angespannte wirtschaftliche Lage, Klimawandel sowie Populismus stellen Europa jedoch vor eine Bewährungsprobe. Diese zu meistern, gelingt nur mit einer starken und handlungsfähigen Europäischen Union, die auf Grundwerten der Freiheit, der Demokratie und des Rechts basiert.

Schon heute werden viele Entscheidungen zentral in Brüssel getroffen – mit einem überzeugenden Europawahlprogramm wollen wir Freie Demokraten unterstreichen, dass wir die richtigen Antworten auf die drängenden europäischen

Fragen haben. Bereits im März 2023 hat die Programmkommission ihre Arbeit begonnen und im Verlauf des Programmprozesses viele Ideen und Forderungen formuliert. Auch Anregungen von Parteimitgliedern, die aus den Diskussionen beim digitalen Programmkonvent im Juni hervorgegangen sind, sowie der Bundesfachausschüsse haben darin Eingang gefunden.

Im Oktober 2023 startete eine breite öffentliche Beteiligung: So hatten Parteimitglieder und einschlägige Verbände bis Ende November die Möglichkeit, die Forderungen als Diskussionsgrundlage für den Programmentwurf zu kommentieren bzw. zu ergänzen. Auch das Female Future Forum am 16. November stand im Zeichen der Europawahl. Zudem steht allen Mitgliedern und auch der interessierten Öffentlichkeit weiterhin die Plattform „FDP fragt“ zur Verfügung. Darüber können sie der Partei mitteilen,

was sie mit Blick auf die Europäische Union persönlich bewegt und welche Ideen sie für Europa haben.

Mitte Dezember wird der Programmentwurf im Bundesvorstand verabschiedet. Final beschlossen wird das Wahlprogramm vom Europaparteitag am 28. Januar 2024. ■

FEMALE FUTURE FORUM 2023 – IDEEN FÜR EUROPA

Thematischer Schwerpunkt der diesjährigen Veranstaltung war die Europawahl im nächsten Jahr, deren Bedeutung der Generalsekretär Bijan Djir-Sarai bei der Begrüßung unterstrich. Dr. Maren Jasper-Winter, die gemeinsam mit dem Generalsekretär eröffnete, hob die Bedeutung starker liberaler Frauen für die offene Gesellschaft hervor. Daher sei es wichtig, täglich die eigene Stimme für liberale Werte wie Freiheit, Demokratie und Toleranz zu erheben. In der folgenden Rede betonte Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann als designierte Spitzenkandidatin zur Europawahl, dass nur ein geeintes und handlungsfähiges Europa den aktuell großen Herausforderungen begegnen kann. Sie machte



deutlich, dass sie mit Freude für die Zukunft Europas streiten werde.

In den beiden sich anschließenden Themenforen brachten die Expertinnen ihre vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen ein und diskutierten mit den Teilnehmerinnen zahlreiche Ideen für das Europawahlprogramm. Am Abend

bot die Female Future Night Zeit zum Austausch in entspannter Atmosphäre. Hierzu begrüßte die Bildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger und machte deutlich, dass Frauen in jeden Diskurs gehören – zu jedem Thema.

FORUM: EUROPA ALS AUßEN- UND SICHERHEITS- POLITISCHER AKTEUR



Als Expertinnen sprachen Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Gyde Jensen für die FDP sowie Andrea Frahm als Leiterin des Israelbüros der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren. Dr. Anastasia Vishnevskaya-Mann moderierte das Forum und brachte zugleich ihre umfassende Expertise zu Osteuropa ein. Unter reger Beteiligung der Teilnehmerinnen wurde über eine breite Themenvielfalt diskutiert, insbesondere über die Kriege in der Ukraine sowie zwischen Israel und der Hamas im Nahen Osten, über Taiwan und China sowie wirtschaftliche Abhängigkeiten Europas, die Gefahr von Cyber-Attacken, eu-

ropäische Verteidigungspolitik und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Rüstungsbeschaffung sowie einer europäischen Armee.

FORUM: EUROPA IN DER GLOBALEN WIRTSCHAFT

Im Zentrum der Diskussionen stand die Frage, wie Europa seine Wettbewerbsfähigkeit stärken und welche Impulse es für mehr Wachstum und Innovation setzen kann. Für die FDP brachten dabei Ria Schröder, Anja Schulz sowie Svenja Hahn, die das Forum zugleich moderierte, ihre vielfältige Expertise ein. Von Verbandsseite sprachen Iris Plöger als Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI sowie Sarah Bäumchen als Mitglied der Geschäftsleitung vom ZVEI auf dem Podium. Es bestand Einigkeit, dass es einer Freihandels-offensive mit Wertepartnern bedarf, um einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren. Thema war zudem das Schlüsseltechnologiefeld Mikroelektronik und die Sicherstellung resilienter Lieferketten. Gefordert wurden auch mehr Pragmatismus und weniger Regulierung, um Bürokratie abzubauen und Unternehmertum zu fördern. Im Finanzmarkt müssten Hürden beim Zugang zu Venture Capital abgebaut werden. Des Weiteren wurde z. B. über Möglichkeiten, den Fachkräftemangel zu reduzieren, sowie ein strategisches Energiekonzept für die Zukunft diskutiert. ■

VOLLUMFÄNGLICH LIBERAL

EIN STECKBRIEF DER DESIGNIERTEN SPITZENKANDIDATIN FÜR DIE EUROPAWAHL 2024



DR. MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN

Familienstand: verheiratet, drei Kinder, drei Enkelkinder
Beruf: Publizistin
Tätigkeit vor der Aktuellen: Selbstständige Verlagsrepräsentantin, Erste Bürgermeisterin
Politische Positionierung: vollumfänglich liberal

Ein Lieblingswert: Vertrauen

Ein Lieblingswort: deklariert

Ein „Lieblingswort“ (also eins, das man eigentlich unbewusst zu oft nutzt): unfassbar

Ein Lieblingswerk: „Das Parfum“ von Patrick Süskind

Welche natürliche Gabe möchten Sie besitzen? Geduld

Ihre Lieblingsbeschäftigung? Reisen

Wenn ich nicht Politikerin wäre, dann wäre ich ... Journalistin

Ihr verstecktes Talent? Kabarett

Ihre Lieblingstugend: Geradlinigkeit

Wer inspiriert Sie und warum? meine durchsetzungsstarke Großmutter, die bereits zu ihrer Zeit im Stadtrat von Heidelberg saß

Ehrenamt: Schirmherrin des Ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienstes Düsseldorf, Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Mitglied des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Lebendige Stadt, Vorsitzende des Kuratoriums der FOM Hochschule für Ökonomie und Management Düsseldorf, Mitglied des Rotary Clubs Düsseldorf-Karlstadt, Mitglied im Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf e. V., Mitglied bei Fortuna Düsseldorf 1895 e. V.

Sie über sich: humorvoll, loyal, meinungsstark, laut, lebensfroh

Andere über Sie: „Boah, die Alte nervt“ (Kanzlerberater Jens Plötner, Bundeskanzleramt, SPD)

Ihr Hauptcharakterzug? Loyalität

Ihr größter Fehler? Ungeduld

Ich habe eine Schwäche für: Pralinen, Pommes Frites

Ihr Traum vom Glück? Das Paradies. Aber dafür habe ich noch Zeit.

Welche Eigenschaften schätzen Sie an Menschen am meisten? Direktheit

Wer war in der Kindheit Ihr Held oder Idol und warum? Robert Redford, starkes Charisma

Was ist ihre Herzensangelegenheit / ihr Herzenthema? der Ambulante Kinder- und Jugendhospizdienst, den ich als Schirmherrin in Düsseldorf unterstütze und der wertvollste Arbeit bei der Unterstützung betroffener Familien leistet

Was erwarten Sie vom Jahr 2024? Es wird herausfordernd.

Worauf freuen Sie sich am meisten? auf einen starken Europawahlkampf und die damit einhergehenden Herausforderungen

Welche Rolle wird die mögliche zunehmende politische Polarisierung, vor dem Hintergrund der hohen Umfragewerte der AfD und der potenziell neuen Partei „BSW“ für Ihr Jahr 2024 spielen? Ich gehe davon aus, dass das BSW der AfD das Leben schwer machen wird. Die Extreme treffen sich am Ende immer wieder.

Was bedeutet die EU für Sie persönlich? ein Herzens-, Friedens- und Zukunftsprojekt, das liberal reformiert werden muss

Welches sind die größten Herausforderungen, vor denen Sie die EU sehen? Zusammenhalt, Migration, eine gemeinsame Stimme in der Außen- und Sicherheitspolitik, klare Kante gegenüber Verletzungen der europäischen Verträge

Welche Schwerpunkte wollen Sie dem Wahlkampf geben? Einen positiven und lösungsorientierten. Wir dürfen uns nicht nur an anderen abarbeiten, sondern müssen Verbesserungswege aufzeigen.

Welche Schwerpunkte wollen Sie Ihrer zukünftigen politischen Arbeit geben? Auch in Europa werde ich mich auf die Außen- und Sicherheitspolitik fokussieren, ebenso wie auf das Thema Migration.

Wenn Sie die Möglichkeit hätten, eine einzige politische Entscheidung zu 100% nach Ihren Vorstellungen ohne

jeden Widerstand im EU-Parlament durchzusetzen, welche wäre das und warum? eine europäische Armee

Ihr Jahr 2023 in maximal fünf Worten: herausfordernd, überraschend, emotional, bewegend, wechselhaft

Ihr Jahr 2024 in maximal fünf Worten: herausfordernd, überraschend, emotional, bewegend, bereichernd

Wer war Ihrer Meinung nach der beste Wahlkämpfer aller Zeiten und woran machen Sie das fest? Den einen besten Wahlkämpfer gibt es, glaube ich, nicht. Präsidenten wie Obama und Kennedy, aber auch Clinton waren begnadete Wahlkämpfer, die am Ende aber auch nicht alles halten konnten, was ihr Wahlkampf versprach.

Bis zum Europaparteitag sind es nur noch wenige Wochen, was steht für Sie bis dahin noch auf der ToDo-Liste? die Mitarbeit an vorausschauenden Lösungen für die Herausforderung des Bundeshaushalts, die Europawahlkampagne, viele Treffen mit der Bundeswehr und Diplomatinen und Diplomaten, Sacharbeit und nicht zuletzt das Einkaufen der Weihnachtsgeschenke

Sie dürfen drei berühmte Persönlichkeiten zum Abendessen einladen: Wer kommt? Janis Joplin, Robert Redford, der Papst

Sie werden zum „Wer wird Millionär“-Promi-Special eingeladen: An welcher Frage scheitern Sie und an wem spenden Sie den Gewinn? Ich gewinne selbstredend. 😊 Das Geld würde ich aufteilen. Auf jeden Fall würde ein großer Teil an den Kinder- und Jugendhospizdienst gehen.

Mehr unter:

[instagram.com/strackzimmermann](https://www.instagram.com/strackzimmermann)

twitter.com/MAstrackZi

[facebook.com/mastrackzimmermann](https://www.facebook.com/mastrackzimmermann)

www.strackzimmermann.de



EUROPÄISCHE DEPESCHE

Unsere fünf FDP-Abgeordneten setzen sich im EU-Parlament mit der Fraktion „Renew Europe“ dafür ein, dass Europa geeint, fortschrittlich und innovativ bleibt. Was treibt sie aktuell um? Darüber berichten sie hier in aller Kürze.



WIR STEHEN MIT ISRAEL – NIE WIEDER IST JETZT!

Nicola Beer
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments & industrie-, forschungs- und mittelstandspolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament

„ Nie seit dem Ende des Holocausts war es wichtiger, für Israel, jüdische Gemeinden, Jüdinnen und Juden in Europa einzustehen. Nie trugen wir eine größere Verantwortung, jeder Form von Antisemitismus in unserer Gesellschaft mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.“

Jeder, der den Terror auf Israel, auf Juden, relativiert oder aufrechnet, treibt Antisemitismus und noch mehr Terror an. Sowohl im Nahen Osten als auch auf unseren Straßen. Für Unterstützer von Terror darf kein Platz in unserer Gesellschaft sein!



ETAPPENSIEG GEGEN DIE CHATKONTROLLE

Moritz Körner
Innen- und haushaltspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„ Das Europäische Parlament hat einen Etappensieg gegen die Chatkontrolle erreicht und der anlasslosen Massenüberwachung eine Absage erteilt.“

Das Europäische Parlament hat einen Etappensieg gegen die Chatkontrolle erreicht und der anlasslosen Massenüberwachung eine Absage erteilt. Gleichzeitig konnten die Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern gestärkt werden. In den anstehenden Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten werden die Grundrechte weiter zu verteidigen sein. Die bürgerrechtskonforme Festlegung des EPs bedeutet aber einen positiven Rückenwind für die Position Deutschlands und der FDP im Rat.



FREIHANDEL MIT NEUSEELAND!

Svenja Hahn
Handelspolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament

„ Russlands Krieg oder der Angriff der Hamas auf Israel zeigen deutlich: Der Konflikt unserer Zeit ist Autokratie vs. Demokratie. Wirtschaftlich stark werden wir aber nicht durch Protektionismus, sondern durch mehr Handel mit mehr Partnern.“

Und mehr Handel mit mehr Demokratien stärkt Wirtschaft und Demokratie weltweit. Das Abkommen mit Neuseeland ist ein strategischer Erfolg mit großem wirtschaftlichen Potential und zeigt, dass eine ambitionierte Handelsagenda möglich ist. Weitere Abkommen müssen zügig fertig verhandelt und ratifiziert werden!



NAHRUNGSMITTELSICHERHEIT IN EUROPA

Andreas Glück
Umwelt- und Klimapolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„ Es ist eine gute Nachricht für die Lebensmittelproduktion und unsere landwirtschaftlichen Betriebe, dass das EU Parlament der grünen Verbotspolitik beim Pflanzenschutz eine Abfuhr erteilt hat.“

Im Kommissionsvorschlag sollte der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln pauschal in allen Schutzgebieten verboten werden. Dies hätte zahlreichen Landwirten die Existenzgrundlage entzogen. Deutschland wäre besonders hart davon betroffen gewesen, da allein die Landschaftsschutzgebiete – also die Gebiete die eine Kulturlandschaft schützen sollen – knapp dreißig Prozent der Gesamtfläche einnehmen. Hier hätte Landwirtschaft nur noch sehr eingeschränkt stattfinden können. Mit zahlreichen von uns eingebrachten Änderungsanträgen konnten wir mit einer Mehrheit im Parlament diese Vorschläge ablehnen.



CO₂-EMISSIONSGRENZWERTE FÜR SCHWERE NUTZFAHRZEUGE NUR MIT KLIMANEUTRALEN KRAFTSTOFFEN

Jan-Christoph Oetjen
Verkehrs- und Migrationspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„ Wir Freie Demokraten im Europäischen Parlament fordern eine gesetzliche Verankerung klimaneutraler Kraftstoffe für CO₂-Emissionsgrenzwerte bei schweren Nutzfahrzeugen.“

Die Dekarbonisierung des Schwerlastverkehrs ist nur erreichbar, wenn klimaneutrale Kraftstoffe angerechnet werden können. Mit einem Änderungsantrag für einen Korrekturfaktor haben wir im Plenum versucht, das Einsparpotenzial langfristig zu steigern. Kraftstofflieferanten klimaneutraler Kraftstoffe hätten damit einen Anreiz, deren Produktion zu erhöhen. Im Parlament gab es dazu leider keine Mehrheit. Wir als FDP bekennen uns aber weiter zur Technologieoffenheit und setzen uns für einen Markthochlauf klimaneutraler Kraftstoffe ein.

BASISANTRÄGE ZUM 75. ORD. BUNDESPARTEITAG

250 Mitglieder können gemeinsam Anträge stellen und Personalvorschläge für Wahlen machen.

VORAUSSETZUNGEN:

- Antrag/Wahlvorschlag formulieren.
- Unterstützungsunterschriften von mindestens 250 Mitgliedern sammeln.
- Vertreter benennen, der den Antrag einreicht und auf dem Bundesparteitag vertritt.

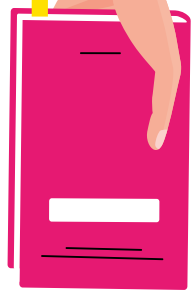
FRISTEN:

- Für Satzungsänderungsanträge:
Donnerstag, 1. Februar 2024, 24:00 Uhr

- Für Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen:
Montag, 11. März 2024, 24:00 Uhr
- Für sonstige Anträge:
Donnerstag, 28. März 2024, 24:00 Uhr

→ Einzureichen unter: parteitag@fdp.de

Fristgerecht eingegangene Anträge, welche die genannten Voraussetzungen erfüllen, werden im digitalen Antrags- und Versammlungssystem des Parteitags veröffentlicht.



GELESEN

Was auf dem Lesestapel von Freien Demokraten landet, das erfahren Sie hier.



UNSICHTBARE FRAUEN CAROLINE CRIADO-PEREZ

Anja Molnar – BV Marzahn-Hellersdorf, Landesvorstand Liberale Frauen Berlin

„Ein Buch, das von der ersten Seite an der Gesellschaft den Spiegel vorhält. Es geht um die Ungerechtigkeit, die wir Frauen seit Jahrhunderten hinnehmen, teilweise gar nicht mehr wahrnehmen oder als gegeben hinnehmen. Und zeigt, wie manchmal mit einem kleinen Ändern der Herangehensweise sich das Leben für alle zum Positiven verbessern kann. Dieses Buch sollte meiner Meinung nach Pflichtlektüre in jedem Haushalt werden!“



ANATOMIE EINES SKANDALS SARAH VAUGHAN

Marcel Schwemmlin – Landesgeschäftsführer FDP Berlin

„Wann wurde aus Westminster eigentlich Pestminster“, fragte neulich der SWR und bezog sich dabei auf die kleinen und großen Skandale im und um das britische Parlament. Einen solchen Fall zeichnet das Buch von Sarah Vaughan wunderbar nach – ohne Effekthascherei, ohne Krimi-Allüren, selbst ohne erhobenen Zeigefinger. Ist „kein Nein“ auch ein „Nein“?“

Anzeige



STAY AWAY FROM GRETCHEN – EINE UNMÖGLICHE LIEBE SUSANNE ABEL

Christine Aschenberg-Dugnus – MdB – Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Bundestagsfraktion

„Ein toller Roman, den man nicht aus der Hand legen kann. Es geht um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Vorurteile, die immer noch bestehen und die Diagnose Demenz. Die perfekte Adventslektüre.“



EINE FRAGE DER CHEMIE BONNIE GARMUS

Daniela Schmitt – Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

„Eine wirklich tolle und kluge Geschichte über das Leben in den 1960er Jahren, die Rolle der Frau in der Wissenschaft und Schicksalsschläge, die, so schwer sie sind, trotzdem zum Weitermachen Kraft geben.“

Welches Buch haben Sie zuletzt gelesen oder verschenkt? Über welches haben Sie noch Tage später nachgedacht, oder an welches erinnern Sie sich immer wieder? Haben auch Sie eine Literaturempfehlung für eine der nächsten Ausgaben? Dann schreiben Sie uns an: cvd@fdplus.de



Anzeige



Wir laden Deutschland

Willkommen im EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



FAIR-GEGENÜBER-JUGENDLICHEN-VERSICHERUNG.

Die PKV legt Geld für höhere Behandlungskosten im Alter zurück. So sind alle Versicherten ihr Leben lang gut versorgt – ohne damit die jüngeren Generationen zu belasten.

Mehr Informationen unter: www.pkv.de/besser-für-alle



DIE KI-REVOLUTION: WIE KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UNSERE WELT VERÄNDERT.

Künstliche Intelligenz (KI) ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Als Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag sehen wir die Chancen für Gesellschaft, Wirtschaft und Forschung. Wir sehen jedoch auch die Risiken wie Datenschutzfragen oder ethische, rechtliche und soziale Aspekte rund um die Regulierung dieser Zukunftstechnologie.

Wir sind überzeugt: Es kommt auf Ausgewogenheit und Abwägung an. Dafür setzen wir uns in der parlamentarischen Arbeit ein:

- In unserem Positionspapier **„KI-Verordnung: Technologieoffen und grundrechtskonform“** erörtern wir, wie wir ein vertrauensvolles und innovationsförderndes Umfeld für KI-Unternehmen schaffen und gleichzeitig die Rechte der Bürgerinnen und Bürgern schützen.
- Auch zu **„KI in der Bildung“** bekennen wir uns in einem Papier zum Einsatz von KI-Systemen zur Verbesserung von Bildung in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen.
- Die **KI-Selbstverpflichtung** der Fraktion leitet unser praktisches Handeln im Umgang mit KI-Tools.
- Bei unserer **KI-Konferenz** sind wir mit Wirtschaft, Forschung und Politik ins Gespräch gekommen und haben die wichtigsten Themen vertieft.
- Außerdem zeigen wir in zahlreichen Anträgen und Papieren, wie KI zum Beispiel der **klimagerechten Transformation**, unserer **Einwanderungspolitik** oder dem **Gesundheitssektor** helfen kann.

Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit auf:

 @fdpbt

 @fdpbt

 @fdpbt

fdpbt.de

**QR-CODE SCANNEN
UND ALLE BEITRÄGE ZUR
KI-KONFERENZ LESEN**

